

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellungen bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifach, Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postcheck Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

## Ist die heutige Krise eine vorübergehende?

Weite und gerade die maßgebenden Kreise des deutschen Unternehmertums wehren sich noch immer mit aller Macht gegen die Einführung der vierzigstündigen Woche. Eines der Argumente, das von dieser Seite dagegen angeführt wird, ist, daß die heutige Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand ist und es sich deshalb nicht verantworten läßt, eine so tief einschneidende Maßnahme, wie es die allgemeine Einführung der vierzigstündigen Woche darstellt, vorzunehmen.

Ist dieser Einwand stichhaltig? Ist wirklich damit zu rechnen, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit ändert, ändert natürlich in dem Sinne, daß auch ohne namhafte Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Arbeitslosen auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß zurückgehen wird?

Selbstverständlich hoffen und wünschen alle, daß die heutige Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen keinen Dauerzustand darstellt, und es ist sogar möglich, daß diese Hoffnung nicht trügt. Vorläufig aber wissen wir mit Sicherheit, daß sie sich zum Winter hin noch beträchtlich erhöhen wird, es liegen auch noch keinerlei Anzeichen dafür vor, die auf eine wesentliche Herabminderung für das nächste Frühjahr schließen lassen. Im Gegenteil, um nur ein Beispiel anzuführen, wird die Dröselung des Wohnungsbaues auch noch im nächsten Jahre anhalten — mit all ihren verderblichen Folgen für den Gesamtarbeitsmarkt. Denn auch im kommenden Frühjahr werden die Ursachen noch nicht behoben sein, die jetzt zu dieser Dröselung geführt haben.

Wir haben also zunächst noch mit einer Verschärfung der Krise und, dadurch bedingt, mit steigendem Elend zu rechnen. Das ist wahrlich ein schlechter Trost für die Millionen, die heute schon und zum Teil seit Jahren sich nach Arbeit und Verdienst sehnen. Es würde unter diesen Umständen — objektiv gesehen — freilich schon als eine „wesentliche Entlastung“ angesprochen werden, wenn wir alsbald erst mal wieder den Stand von „nur“ vier Millionen erreichen würden. Kein Mensch vermag heute zu sagen, ob und wann selbst die „relative Entlastung“ eintreten wird. Noch unsicherer ist daher eine Voraussage, ob und wann jemals die augenblickliche Zahl von 4 Millionen unterschritten werden wird. Aber selbst, wenn es einmal so weit kommen wird, so steht doch fest, daß das noch lange, sehr lange dauern wird, so daß man von einer „absehbaren Zeit“ hier nicht mehr zu sprechen berechtigt ist. Es müßte denn schon ein Wunder geschehen, und die sind in unserer rationalistischen Zeit rar geworden; am wenigsten geschehen sie im heutigen Wirtschaftsleben, in dem sich alles nach nüchternen, eigenen und aller Welt erkennbaren Gesetzen vollzieht.

Aber ist es denn überhaupt denkbar, daß all die vielen Millionen Arbeitslosen noch einmal voll in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden? Man könnte eine solche Hoffnung nach dieser Richtung hin haben — wenn es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrise lediglich um ein deutsches Problem handelte. Das ist doch aber nicht der Fall. Das wissen alle. Und deshalb sollten sich auch alle darüber klar sein; daß es sich bei der heutigen Krise nicht mehr um einen vorübergehenden Zustand, sondern um einen Dauerzustand handelt. Man scheint sich belnahe schon, es noch auszusprechen, weil es alle Welt weih und es schon zu einer Binsenwahrheit geworden ist: Es ist das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das uns in die Krise mit Naturnotwendigkeit hineingebracht hat und die nicht eher verschwinden wird, als bis dieses Mißverhältnis behoben ist. Das Tiefbedauerliche daran

ist nur, daß diejenigen, die berufen wären, an der Beseitigung dieses Mißverhältnisses in entscheidender Weise mitzuwirken, das nicht tun, weil sie es nicht tun wollen! Das ist das deutsche Unternehmertum, das sich besonders die führenden Schichten derselben. Statt dessen sucht man nach allen möglichen Argumenten, um sich der Verantwortung zu entziehen. Ein solches Argument ist nun auch der Einwand, daß es sich bei der Krise des Arbeitsmarktes nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt.

Es kann sein, daß dieses Argument bisher in nicht unmittelbare beteiligten Kreisen, vielleicht sogar auch in Arbeiterkreisen, noch immer Glauben gefunden hat. Die Gewerkschaften haben die Richtigkeit der Unternehmerbehauptung längst bezweifelt und mit ihnen auch die Wissenschaft, soweit sie nicht auf die Vortrefflichkeit des privatwirtschaftlichen Systems eingekworen ist. Nun haben die Gewerkschaften aber den Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung auch in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise angetreten, und zwar in ihrer zum Gewerkschaftstongreß herausgegebenen Schrift zur vierzigstündigen Woche.

In dem darin enthaltenen Abschnitt: „Der Arbeitsmarkt vor und nach dem Kriege“ wird in schlußfolger Weise nachgewiesen, daß wir in Deutschland in fast allen Wirtschaftszweigen seit 1907/1913 ein nahezu ununterbrochenes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Es wird darin einwandsfrei nachgewiesen, daß neben den durch Konjunktur und Jahreszeit verursachten Arbeitslosigkeitsperioden, die an sich auch schon eine ständig steigende Tendenz aufweisen — daß neben dieser Steigerung periodischer Arbeitslosigkeitsziffern eine ständig zunehmende, durch strukturelle Veränderungen der Wirtschaft bedingte Arbeitslosigkeit einhergeht. Diese strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr überwiegt, aber ist es, die nicht als ein vorübergehender Faktor anzusprechen ist, sondern die dauernd ist und dauernd bleibt, ja die sich nach all den Erklärungen, die wir inzwischen mit der Rationalisierung des Produktionsprozesses gemacht haben, in Zukunft eher noch steigern wird. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß der heutige Produktionsmechanismus, wie allgemein bekannt, ja längst nicht bis zu seiner vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden kann, eben weil es an Absatz fehlt. Eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Leistungskapazität bedeutete daher noch längst nicht eine Vebreinstellung von Arbeitskräften. Die Millionen Arbeitslosen sind also verurteilt, auch weiterhin bei vollen Scheuern zu hungern.

Es ist hier nicht der Ort, auf die in der genannten Schrift enthaltene Beweisführung näher einzugehen. Diejenigen, die sich berufen und verpflichtet fühlen, für die lebensnotwendige Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere für die vierzigstündigen Woche, einzutreten, sollten sich das umfangreiche, durchschlagende und wie schon gesagt, wissenschaftlich unanfechtbare Material derselben zu eigen machen. Es bietet die denkbar besten Beweisgründe für die Unhaltbarkeit der Unternehmerthese, daß es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrise um einen „vorübergehenden Zustand“ handelt. Nein! Diese Krise ist eine Dauerkrise, begründet in den Widersprüchen des privatkapitalistischen Systems, und die vierzigstündigen Woche ist eines der zunächst unbedingt notwendigen Mittel, diese Krise zwar nicht zu beheben, sie aber doch in etwas zu mildern und Hunderttausenden am Leben Verzehrenden neue Hoffnung, neuen Lebensmut, neuen Kampfesgeist zu verleihen.

**Darum: Her mit der vierzigstündigen Woche!**

## Der Auszug nach dem gelobten Land der Inflation.

Die Abkehrung Englands von der Goldwährung und die damit verbundene Entwertung des englischen Pfundes hat in Kapitalistkreisen starke Resonanz hervorgerufen. Inzwischen ist eine gewisse Beruhigung eingetreten und die deutschen Unternehmer gehen dazu über, auch aus dieser Blüte Honig zu saugen. Sie fordern als Ausgleich eine durchgreifende weitere Lohnsenkung und begründen dies damit, daß nur auf diesem Wege die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt wiederhergestellt werden könne. Sie vergessen dabei, daß immer mehr Länder neue Barrieren gegen unwillkommene Auslandskonkurrenz errichten, denn schließlich ist jedes Land betroffen, durch Wareneinfuhr möglichst viel Forderungen vom Ausland zu beschaffen und aus der Wareneinfuhr möglichst wenig Schulden auf sich zu nehmen.

Einige deutsche Firmen verlegen ihre Produktion direkt in das Ausland. So berichtet die Arbeiterpresse der Lederwarenindustrie von der Offenbacher Lederwarenfabrik Vitalis u. Neh, daß dieselbe beabsichtigt, ihren Offenbacher Betrieb stillzulegen und nach Oldham bei Manchester in England überzusiedeln. Von der zur Zeit rund 260 Mann starken Belegschaft des Offenbacher Betriebes sollen nur etwa 30 Arbeiter, deren Arbeitskraft zur Einrichtung des neuen englischen Betriebes benötigt wird, mit nach England genommen werden. Soweit wir erfahren konnten, fabrizierte die Firma Vitalis u. Neh bisher vorwiegend für einen Warenhauskonzern und stellte in der Hauptsache Massenartikel her. Es sollen sich einige weitere Offenbacher Lederwarenfirmer ebenfalls mit Ueberfiedlungsgedanken tragen.

Dieser Vorgang bedeutet eine große Gefährdung der gesamten deutschen Lederwarenindustrie, und haben sich bereits Stimmen aus dem Unternehmerlager dagegen erhoben. Die „Allgemeine Lederwaren-Zeitung“ legt am Schluß eines Artikels mit der Ueberschrift: „Wenn das Schicksal macht?“:

„Schließlich ist aber die Ueberfiedlung nach England ein recht zweischneidiges Schwert. Sind die Verhältnisse in England nicht genau so ungeklärt wie bei uns? Werden die im Augenblick für uns in England günstigen Folgen der kleinen Inflation erhalten? Man sieht bei uns, wenn man auf unsere eigene Inflation zurückblickt, heute immer nur die guten Seiten, wie man Dinge, die in der Vergangenheit liegen, meist so betrachtet, daß das Gute in der Erinnerung bleibt und das Schlimme verschwindet. Aber es könnte auch sein, daß die weitere Entwicklung dem in England produzierenden Kapital sehr böse Radeschläge bereitet. Und dann könnte der Moment kommen; in dem man es bereut, seinen Betrieb in Deutschland ausgegeben zu haben.“

Wie uns weiter mitgeteilt wurde, erklärte ein prominenter Offenbacher Lederwarenfabrikant, daß für seinen Großbetrieb eine Ueberfiedlung nicht in Frage komme; auch müßte die Möglichkeit einer rentablen Produktion in England bestritten werden.

Der Schritt der Firma Vitalis u. Neh muß auch nach anderer Richtung hin Bedenken hervorrufen. Seit Jahren sind einflußreiche Wirtschaftsexperten in England am Werk, um die einheimische Lederwarenindustrie so auszubauen, daß sie unabhängig von der deutschen Einfuhr von Leder aus dem englischen Markt beliefern kann. Das Vorgehen nach England auswandernden Firmen ist eine Unterstützung dieser Bestrebungen und hat nicht nur verhärtete Arbeitslosigkeit, sondern auch die Offenbacher Lederwarenarbeiter, sondern darüber hinaus schwere und dauernde Schädigungen der gesamten deutschen Lederwarenindustrie im Gefolge.



### Wahltag des Bürgerblods in England.

Das Wahlergebnis der englischen Parlamentswahlen hat die Arbeiterpartei eine unerwartet schwere Niederlage gebracht. Die Labour Party, die bei den vorigen Wahlen 8,3 Millionen Stimmen erhielt, brachte es bei diesen Wahlen nur auf 6,7 Millionen, während die Regierungsparteien von 8,6 Millionen bei den vorigen Wahlen auf 11,8 Millionen anstiegen. Alle liberalen Gruppen brachten es diesmal auf etwas über 2 Millionen Stimmen im Gegensatz zu den 5,3 Millionen Stimmen im Jahre 1929. Die Kommunisten haben annähernd 75 000 Stimmen bekommen.

Mandate erhielten die Konservativen 471, die übrigen Regierungsparteien 80 und die Labour Party 53. Dieses Wahlergebnis ist nur erklärlich aus der Ungerechtigkeit des englischen Wahlsystems, bei dem in jedem Kreis die einfache Mehrheit entscheidet, so daß alle Minderheiten unter den Tisch fallen. Wie ungerecht die Auswirkung dieses Systems ist, zeigt die Tatsache, daß auf je ein Mandat der vereinigten Regierungsparteien 28 000 Stimmen, dagegen auf jedes Labour-Mandat 155 000 Stimmen entfallen.

Der Sieg der Konservativen dürfte schon recht bald eine entscheidende Wendung in der englischen Politik herbeiführen. Vor allem ist damit zu rechnen, daß England nach diesem Wahlergebnis kein Freihandelsland mehr ist. Unter dem Vorwand, die schutzbedürftigen Industrien gegen die Konkurrenz der Länder mit niedrigeren Arbeitslöhnen zu stützen, werden die Schutzzölle nach und nach eine Zollmauer errichten und damit den Industrien des Festlandes erneute Schwierigkeiten bereiten.

### Wie soll es mit dem Versammlungsleben werden?

Es ist in manchen Orten immer dasselbe Lied: in der Versammlungsversammlung wird festgestellt, daß immer nur dieselben Mitglieder kommen; das müsse anders werden; höfentlich würden das nächstemal mehr Mitglieder anwesend sein. Und das nächstemal ist es dann meistens genau so. Und es wird genau so gesagt und genau so ein härterer Besuch für die dann folgende Versammlung erwartet. Und dabei bleibt es dann, wenn nicht jedes Verbandsmitglied, dem der Besuch der Versammlungsversammlung eine Selbstverständlichkeit ist, auch persönlich einen Kollegen mitbringt zur Versammlung.

Es ist in den Orten, in denen solche Klagen über das Versammlungsleben vorgebracht werden, mit dem Ausbau des Versammlungslebens so, wie es mit dem Ausbau der großen Organisation gewesen ist: die Kleinarbeit macht es. Wie mancher Verbandskollege wurde von einem einzelnen Mitgliede gewonnen bis zu der augenblicklichen Größe des Verbandes! So muß es auch im Versammlungsleben werden. Jeder einzelne erfüllt seine Aufgabe gegenüber dem Versammlungsleben nicht, wenn er nur selber kommt. Er muß auch einen Kollegen mitbringen in die Versammlung.

### Ein Arbeiterleben.

In diesen Tagen konnte unter alter, verdienstvoller Kollege Robert Herzog in Leipzig auf eine ununterbrochene vierzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken. Er hat dem Verband in dieser Zeit sein Bestes gegeben und schilbert nun in nachstehendem Werden und Entwicklung unseres Verbandes. Sobezeit eng verbunden mit seiner Gewerkschaft, ist es unserem alten Kollegen Herzog am Schluß seiner interessanten Darstellung ein Herzensbedürfnis, den ausdauernden Teil der Kollegenschaft vor Augen zu führen, daß nur einiges und geschlossenes Zusammenarbeiten zur Befreiung der Arbeiterklasse führen kann. Kollege Herzog schreibt:

„Vierzig Jahre Verbandsmitgliedschaft, da lohnt es sich einen Rückblick zu werfen auf diese Zeit, die zugleich ein gutes Stück speziell Leipziger Verbandsgeschichte umfaßt. Vergleiche zu ziehen zwischen einst und jetzt und die Frage aufzuwerfen, ob es recht gehandelt war, der Organisation so lange die Treue zu wahren. Als ich im Jahre 1888 von meinem Dorf nach Leipzig kam, um das edle Sattlerhandwerk zu erlernen, war von einer Gewerkschaftsbewegung so gut wie nichts vorhanden. Was bestanden hatte, war durch das Sozialistengesetz vernichtet und als Dorfjunge mußte ich nur, daß die Sozialdemokraten schlimmer waren als die Pest.“

Es zeugt daher nicht von besonderer Weisheit unseres Vormeisters, daß er trotz seiner politischen Einstellung uns Verhörungen eines Tages nach dem „Goldenen Weinsack“, dem Verkehrslokal der Leipziger Sattler, schickte. Es war im September 1888, als wir, versehen mit den nötigen Moneten, uns bei der Zentralkrankenkasse der Sattler als Mitglieder anmelden mußten. Die freien Krankentassen waren damals, nach der Zertrümmerung der Fachorganisationen, die einzigen Stellen, wo sich die Arbeiter wieder zusammenfanden. So war es auch in Leipzig.

Es mag ja mancher seinen Arbeitskollegen schon aufgefordert haben, zu kommen. Aber der kam dann doch nicht. Da muß man ihn holen! Ist es denn so schlimm, auf dem Wege zur Versammlung mal bei dem einen oder anderen hineinanzuspringen, um ihn abzuholen? Das sollte nur einmal von allen Kollegen gemacht werden. Und unsere

### Zum 9. November.

Vier Jahre Haß! Vier Jahre Mord!  
 Vier Jahre Kriegsgewitter!  
 Des Sensenmannes Weltrekord!  
 Vernichtung, Schutt und Splinter!  
 Der Irrsinn trock von Blut und Leid  
 In jener lügenreichsten Zeit,  
 Als selbst ein Gott nicht wußte,  
 Wer Hilfe haben mußte.

Das Maß war voll. Ein Funke sprang  
 Aus Kiel in alle Lande.  
 Die alte Herrlichkeit versank,  
 Bedeckt mit Schmach und Schande.  
 Des Nebelmonats neunter Tag  
 Zerschlug mit Blitz und Donnerschlag  
 Die Majestät der Krone  
 Und der umschranzten Throne

Der Volkszorn trieb die Mottenbrut  
 Wie Spreu in alle Winde,  
 Damit sie aus des Volkes Blut  
 Nicht hohlen Kriegsrühm schinde.  
 Doch wieder wird das Volk beschwätzt  
 Und zur Vergeltung aufgehetzt,  
 Da gilt es, sich zu scharen  
 Zur Abwehr der Gefahren.

Revolution! Nie steht sie still,  
 Sie wirkt und schäumt und brandet.  
 Sie ist die Kraft, die immer will  
 Und nie im Volk versandet.  
 Wohlan, wir stehen kampfbereit  
 Zu neuem Sturm, zu neuem Streit  
 Und was wir nicht erringen  
 Wird Jugendkraft erzwingen!

Victor Kalinowski.

Versammlungen würden auch da einen ausgezeichneten Besuch aufweisen, wo man heute noch klagen muß.

Es möge nur niemand denken, das sei so schwer. Der Erfolg bleibe doch aus. Der andere würde doch nicht mitgehen. Es steht in jedem Menschen auch ein konservativer Zug. Es ist auch im lebendigen Organismus etwas von dem Trägheitsgesetz, von dem die Physik redet. Da bedarf es oft nur eines geringen Anstoßes, und der Mensch kommt aus der Gewohnheit heraus — und er geht mit.

Gern gingen wir zum Jahlabend, durften wir doch mit den Gehilfen an einem Tisch sitzen und die Unterhaltung anhören. Wir wurden immer in freundlicher Weise aufgenommen und belehrt und ihrem Einfluß ist es zu verdanken, daß ich den Weg zu unserem Verband so früh gefunden habe. Ich erinnere mich deshalb dieser Kollegen besonders gern.

Die Arbeitszeit der Sattlerlehrlinge war damals eigentlich unbeschränkt. Von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, nur unterbrochen durch die zum Essen notwendige Zeit, wurde gearbeitet. Oft ging bis 11 Uhr, ja bis 2 Uhr nachts. Der Sonntag war für uns Geschirrsattler ein besonders intensiver Arbeitstag und wurde bis 4 Uhr nachmittags, oft bis 8 Uhr abends, gearbeitet. Die heutige Jugend kennt die Zustände nicht, sie weiß auch nicht, wie schwer es gewesen ist, sie abzuschaffen. Rechte Freude an der Arbeit konnte bei dieser langen Arbeitszeit nicht auskommen. Eines Abends kam der Meister um 1/2 9 Uhr nach Hause, um, von uns heimlich erwartet, Feierabend zu bieten. Mit anderen Meistern hat er in der damals politisch aufgeregten Zeit am Bierisch die Sozialdemokraten theoretisch angeschlagen und begrüßte uns mit den Worten: „Die roten sind's, die Bebeln wählen, die sind's, die es verderben. Nächstes Jahr habt ihr ausgelernt, da macht ihr auch mit, ihr Brüder ihr!“ Der Gute ahnte in dieser Stunde nicht, daß er selbst dafür gelohnt hatte, daß wir bereits etwas rot angehaucht waren, indem er uns Mitglieder der Sattlerkasse werden ließ.

Nach Beendigung der Lehrzeit trat ich im Jahre 1890 dem Verband bei und ging auf Wanderschaft. Es war damals anders als jetzt. Verwaltungsstellen gab es nur in größeren Städten, ich wanderte und war, wie so viele Kollegen, mehr auf der Landstraße als in der Werkstätte. Zeitungen erhielt ich nicht, es ging eben noch nicht alles wie am Schnürchen. Adressen hatte ich auch nicht. Das Beitragszahlen

Gerade in der Zeit der furchtbarsten Arbeitslosigkeit ist der Versammlungsbesuch von größter Bedeutung für das Gewerkschaftsleben. Zur normalen Zeit sind die Kollegen täglich zulammen. Täglich gehen sie oder fahren sie oft denselben Weg. Täglich sprechen sie sich in den Arbeitspausen aus über dieses und jenes. Das fehlt jetzt bei so vielen. Da ist die Gewerkschaftsversammlung um so mehr die geeignete Stätte der Aussprache und der kollegialen Verbundenheit.

Es ist darum notwendig, daß jeder alles tut, um gerade heute das gewerkschaftliche Versammlungsleben auszubauen. Bringt auch bei geeigneten Themen eure Frauen mit! Und die Gewerkschaftsabend werden Abende werden, die mit gewerkschaftlichem Glauben erfüllt sind. Und sie werden einem immer größeren Kollegentum gerade heute ein Bedürfnis sein.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Chemnitz.** Hauptversammlung am 17. Oktober 1931. Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Franziger von den Plätzen. Kollege Silbermann gibt den Vierteljahresbericht wie folgt:

Hauptstelle	Bestand
Einnahme 1837,10 M.	Einnahme 4750,98 M.
Ausgabe 1875,10 „	Ausgabe 4461,38 „
Zustand 38,— „	Bestand 289,60 „

Der Mitgliederbestand war am Beginn des dritten Quartals 406 männliche und 12 weibliche. Aufgenommen wurden 3 männliche Mitglieder. Ausgeschlossen wurden 15 männliche und 1 weibliches Mitglied, gestorben sind 2 Kollegen. Der Bestand am Ende des Quartals beträgt 392 männliche und 11 weibliche Mitglieder.

Anschließend erstattete Kollege Hermann Schulze Bericht von der Bezirkskonferenz des NDBB, die am 26. und 27. September in Dresden tagte. Eingangs seiner Ausführungen streifte der Redner die allgemeine politische Lage. Eine Resolution, die auf der Konferenz Annahme fand, fordert schärfere Kontrolle der Banken und Kartelle, sowie die sofortige Einführung der Bierzölle. Infolge der Zellpolitik der Reichsregierung wird die Einführung billiger Lebensmittel unterbunden. Die Arbeitslosigkeit hat im Freistaat Sachsen einen derartigen Umfang angenommen, daß die Wohlfahrtsverbände überlegen. Es muß gefordert werden, daß die Unterstützungsgläubiger der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger denen der Reichsarbeitslosenunterstützungsempfänger gleichgestellt werden. Kollege Schulze gibt dann noch einige auf der Konferenz angenommene Resolutionen bekannt und fordert die Kollegen auf, künftig fester zulammen zu stehen, um bei eintretender besserer Konjunktur Verlorenes wieder zurückzuerobieren. Anschließend an den Bericht erfolgt eine lebhafte Aussprache über das Gehörte. Unter Allgemeines wurde beschlossen, das geplante Herbstvergügen ausfallen zu lassen. Schreiter.

unterblieb und nach Verlauf fast eines Jahres war ich Nichtmitglied. Als ich im Oktober nach Leipzig zurückkam, trat ich als neues Mitglied wieder ein. Ich habe dann noch einmal mein Bündel schultern und auf Wanderschaft gehen müssen, aber ich rechne es mir zur Ehre an, daß ich mit meinen Beiträgen nie wieder in Rückstand gekommen bin. Gelegenheitsdazu gab es leichter als heute, die Reiseunterführung betrug in jeder Jahreshälfte nur 60 Pf., später 1 M., damit kam man nicht weit und mußte manchmal an die Türen klopfen.

Als ich dann 1893 wieder nach Leipzig kam, habe ich nach und nach festen Fuß und beteiligte mich auch bald am Verbandsleben. Leicht ist uns in dieser Zeit die Arbeit nicht gemacht worden. Alles mußte nach Beendigung der langen Arbeitszeit gemacht werden, manche Nachtsunde wurde geopfert, Entschädigungen gab es nicht. Wir durften nur öffentliche Versammlungen abhalten. Diese mußten angemeldet werden, wurden polizeilich überwacht und passierte es oft, daß den Rednern das Wort entzogen wurde. Wie alles schon dagewesen ist, so hatten die Leipziger Sattler auch schon eine Spaltung, allerdings von harmloserer Art als dies heute Mode ist. In unserem Verkehrslokal zog die Schneidegenossenschaft ein. Die organisierten Schneidegehilfen, die ebenfalls da verkehrten, haben darin einen Vorstoß gegen ihre Organisation und unter ihrem Einfluß siebelte, trotzdem sich die Mitgliederversammlung dagegen ausgesprochen hatte, eine Anzahl Kollegen über nach dem Restaurant „Schwarzes Rad“ im „Brühl“, dem Verkehrslokal der Tapezierer. Der Antrieß dazu war auch der alte Wunsch der Sattler nach Vereinigung mit den Tapezierern. Wir fanden jedoch nicht die richtige Gelegenheit und so gelang es dem Einfluß des Kollegen Sassenbach, eine Einigung der Sattler herbeizuführen.

Im Jahre 1898 kam es dann auf Anregung unseres Vertrauensmannes, Kollegen Hermann, später woch-

### Erlaß über Dauer und Durchführung der Krisenfürsorge.

Der Reichsminister hat nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt zu seiner Verordnung vom 23. Oktober 1931 über die Krisenfürsorge u. a. bestimmt:

Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung beträgt zusammen 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen gewähren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Auf die Bestimmungen des Artikels 10 Satz 2 und 3 der Verordnung, nach denen unter Umständen eine Beschränkung der Unterstühtungsdauer erfolgen kann, wird besonders hingewiesen.

Die weiteren Bestimmungen behandeln das Zusammenarbeiten der Arbeitsämter mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Der besonders herangehobene Artikel 10 der Verordnung vom 23. Oktober 1931 lautet:

Der Kreis der Personen, die nach dem § 101 des Gesetzes zur Krisenfürsorge zugelassen werden, und die Höchstdauer werden jeweils besonders bestimmt. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die Unterstützung auf einen kürzeren als den zulässigen Zeitraum beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder die örtlichen Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen. Eine Beschränkung der Dauer kann auch dann erfolgen, wenn begründete Aussicht besteht, daß es einem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraums durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zieht.

Die neuen Bestimmungen werden in der Nr. 30 des „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht und treten am 9. November 1931 in Kraft.

### „Eine Bande von Räubern.“

Mit etwas Verspätung verweisen wir wieder einmal auf eine Leistung der Deutschen Bergwerksleitung, nachdem wir vor kurzem erst die dort veröffentlichte gebührende Beschreibung unserer gewerkschaftlichen Bundeszweige niedriger hängten. Jetzt ist in Nr. 228 zu lesen, auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress (1928) habe Ministerialdirektor Grieser festgestellt: „Es ist schon heute so, daß niemand in ein Amt kommen kann, der nicht von den Gewerkschaften vorgeschlagen ist.“

Die hier zu Berührungszwecken umgefälschte Rede wurde in der Wirklichkeit:

Dem Reichsarbeitsministerium lag daran, die Sozialversicherung in Verbindung zu bringen mit den Berufsverbänden, also auch mit den Gewerkschaften. Das war ein neuer Gedanke, Herr Müller hat hervorgehoben, daß es ein ausschließliches Recht der Berufsverbände, der Gewerkschaften ist, Vorschläge für die Besetzung der Ehrenämter bei den Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden zu machen. Ich darf sagen, heute kann

keiner in ein Ehrenamt gelangen, der nicht von den Berufsverbänden und damit von den Gewerkschaften vorgeschlagen ist.“ (Protokoll des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, 1928, S. 234.)

Also um ehrenamtliche Funktionen in der Sozialversicherung handelt es sich, zu denen die Gewerkschaften das Vorschlagsrecht haben — nicht um Ämter oder Posten, deren Besetzung und Vergebung die Gewerkschaften angeblich monopolisiert haben.

In dem gleichen Artikel der Bergwerkszeitung wird (zum Beweis der verheerenden Wirkungen der Sozialpolitik auf die Tributfähigkeit der deutschen Wirtschaft) aus einem Vortrag des früheren französischen Handelsattachés in Berlin, Paul Maquenne, mit freudiger Zustimmung angeführt, was bei uns alles „unter dem Druck der Gewerkschaften geschrieben worden ist“. Dieser ehrbare Zeuge der Bergwerkszeitung spricht von „einer wissenschaftlich organisierten Ausplünderung aller kapitalistischen Kräfte“. Die Finanzen und die Wirtschaft seien „einer Bande von Räubern“ überantwortet, denen gegenüber die Regierung nichts als Nüchtheit kennt.

Man sollte meinen, jeder Deutsche, der auf diesen Namen Wert legt, würde eine solche beschimpfende Darstellung der inneren deutschen Angelegenheiten durch einen Angehörigen der hauptsächlichsten Tributempfänger nation auf das schärfste zurückweisen —, auch dann, wenn ihm selber an der inneren Politik manches mißfallen sollte. Sogar unter voller Wahrung des Unternehmensdunkelpunktes hätte man dem hämischen Unterbewußtsein erwidern können:

„Wir deutschen Arbeitgeber übersehen uns zwar aufs eifrigste dem weiteren Ausbau der deutschen Sozialpolitik, ja sogar ihrer Beibehaltung in gegenwärtiger Umfang. Aber am wenigsten Grund zu beleidigenden Angriffen auf die deutsche Sozialpolitik haben diejenigen, die durch die alljährliche Abzäpfung von Milliardenwerten aus der deutschen Wirtschaft unter dem irreführenden Namen von „Reparationen“ (— Wiedergutmachungen, die längst abgeleistet sind) der sozialen Ausgestaltung unseres Vaterlandes um ganz weentliches den Spielraum verengen. Viel sicher würden wir deutschen Unternehmer es sehen, wenn die Arbeiter in allen Ländern sich gegen dieses Ausaugungssystem aufbäumten unter dem Kampfruf: „Hände weg vom sozialen Deutschland!“ Und angesichts der Tatsache, daß unter Land in Hinblick auf Rationalisierung und Ausnützung der Menschenträfte ungeführt das höchste leistet, was die Welt auf diesem Gebiete zu zeigen hat, müssen wir uns solche rüde Kritiken und unerschämten Beleidigungen gegen die soziale Fürsorge für einen laug entlophiten, schwer besteuerten Arbeiterstand doppelt verbiten.“

So würde, wie gesagt, ein anständiger Mensch sich äußern. Von der Bergwerkszeitung, die am Tage nach dem furchtbaren Grubenunglück in Alsdorf in triumphalen Feitdruck verdingte: die Dübende des Grubenvereins, dem die heimgewaltete Begehe hört, betrage nach wie vor 14 Proz., kann ein solches Verhalten mit keinem Morallob erzungen werden. Dies Blatt hat das schöne Vorrecht alles Unqualifizierbaren und darf die Beschimpfung der deutschen or-

ganisierten Arbeiter durch einen Franzosen als „Bande von Räubern“ frohlockend als seine eigene Meinung bezeichnen. Es mühen sich schon einmal staatliche Instrumente finden, die endlich einer derartigen Ausplünderung der Pressefreiheit den Garau machen.

### Begehre an die Hausbesitzer — keine Senkung der Mieten.

Die Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 bringt eine schematische Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. mit Wirkung vom 1. April 1932 ab. Der Senkung ist der volle Betrag des Steueraufkommens für das Rechnungsjahr 1930 zugrunde zu legen. Es ist also künftig mit einem Ausfall von rund 350 Millionen Mark pro Jahr zu rechnen. Dieser dem Hausbesitzer verbleibende Betrag soll zur Bezahlung der vom 1. April 1932 ab von 5 auf 7 Proz. erhöhten Zinsen der Aufwertungshypotheken verwendet werden. Die Hausbesitzerorganisationen meinen, die Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 Proz. lange nicht zu, um den erhöhten Aufwertungsanzuschlag zu decken. Dagegen würde nach Ansicht des Deutschen Städtetages bereits eine Senkung der Hauszinssteuer um 15 Proz. zum Ausgleich der Aufwertungsanzuschläge genügen. Es kann daher angenommen werden, daß die Hausbesitzer zu den ihnen bisher aus der Hauszinssteuer zugestoffenen Gewinnen weitere 80 bis 90 Millionen Mark aus der angeordneten Senkung der Steuer bekommen.

Eine Senkung der Mieten tritt, was ausdrücklich hervorgehoben werden soll, und angeht das allgemeine Lohnabbaues vielfach erwartet wurde, nicht ein. Ebenjowenig sind Mietererleichterungen für die besonders hart betroffenen Neubausmieter, die eine sehr hohe Miete zahlen und kleinerer Nachlässe von der Hauszinssteuer wie die Altbaumieter geltend machen können, vorgesehen. Die Altbaumieter, die bisher teilweise oder gänzlich von der Hauszinssteuer befreit waren, erfahren vom 1. April 1932 ab, so widerspruchsvoll das klingt, eine Kürzung ihrer Befreiungen. Das erklärt sich daraus, daß tatsächlich nur der vom Hausbesitzer abgeführte Betrag der Befreiung unterliegt und dieser Betrag künftig 20 Proz. niedriger ist als bisher. Zur Vermeidung von Härten für die bisher von der Zahlung der Hauszinssteuer befreiten Mieter sollen die Landesregierungen prüfen, ob und in welcher Weise die Fürsorgebehörden diese hilfsbedürftigen Mieter unterstützen können.

Wenn durch die neue Notverordnung dem Hausbesitzer eine große Ertragsumwendung gemacht wird in einer Zeit, in der ungezählte Familien ohne eigene Schuld schon den gegenwärtigen Mietzins nicht mehr aufzubringen vermögen, dann müssen solche Maßnahmen Verbitung hervorrufen. Man verweist die hilfsbedürftigen Mieter an die Fürsorge. Jedermann weiß aber doch, wie es dort bestellt ist. Die Senkung der Mietzinssteuer wird die Wohlfahrtslasten um 60 bis 80 Millionen Mark im Jahre steigern, je nach der Einstellung bei der Bedürftigkeitsprüfung. Die Notverordnung sagt aber nicht, woher die Fürsorgeverbände diese Summe nehmen sollen.

bestalteter Fabrikant in Nürnberg, zu einer Lohnbewegung. Als Schriftführer gehörte ich mit dem Kollegen Herrmann, Hadert, Henkel und Krone der Lohnkommission an. Schwer genug war unsere Aufgabe. Wir waren jung und in diesen Sachen wenig erfahren und hatten als Gegner den prohenhaft auftretenden Fabrikanten Paul Wädler und den schlaunen Fuchs Meynenhagen und einige andere Meister gegenüber, die durchaus über unsere Kräfteverhältnisse im Bilde waren. Seit 6 Jahren hatten sich die Leipziger Sattler nicht gerührt und bei der Weltfirma Wädler hielten wohl einige, zum Teil heute noch unter uns wellende Kollegen treu zur Sache, aber wir waren dort machtlos. Trotzdem nicht viel erreicht wurde, hatten wir durch diese Lohnbewegung doch gezeigt, daß wir da waren und von dieser Zeit ab rechneten unsere Leipziger Arbeitgeber mit dem Verband.

Das Sächsische Vereinsgesetz erlaubte uns nicht eine Zahlstelle des Verbandes, der seinen Sitz in Berlin, also im Ausland hatte, zu errichten. Der Vertrauensmann war Gesamtvorstand in einer Person. Nach Beendigung der Lohnbewegung wurde ich mit diesem Posten betraut. Später wurde mir dann ein Delegationsleiter zur Seite gestellt. In der Mitgliedsliste waren 80 Mitglieder eingetragen, von denen nach gründlicher Durchsicht 40 Mann übrigblieben. Das war der Grundstock. Mancher mag heute darüber geringfügig reden. Man muß sich in die damalige Zeit hineinverlegen, um zu ermessen, welche Arbeit es kostete, den Grund zu dem heutigen Bau zu legen.

Die Zeit verging in steter Mühseligkeit. So wurde der Kampf gegen die Sonntagsarbeit geführt. Wo es nicht anders ging, mit Hilfe der Polizei, aber wir haben es geschafft. Auch der Prohinn kam zu seinem Recht. Die Leipziger Sattler waren immer ein lustiges Völkchen. Vielleicht gedenkt der eine oder andere Kampfgenosse beim Lesen dieser Zeilen der

frohen Stunden, die wir beim Tanzvergnügen oder bei Ausflügen erlebten. Besuche der Kollegen in Zeit und Halle haben viel dazu beigetragen, die Organisation an diesen Orten zu festigen. Mir persönlich hätte die Empfindlichkeit der halleischen Polizei beinahe einmal 10 Tage Gefängnis eingetragen, doch kam ich mit einem blauen Auge davon. Auch nach Entlassen wurde ich wiederholt gerufen. Die dortigen Militärsattler brauchten Hilfe und wir sahen dort Fuß, wenn es auch im Anfang schwer war.

In dieser Zeit hat auch das Thema: „Kampfororganisation oder Unterstützungsverein“ manche Versammlung ausgefüllt. Wir sind mit den Unterstützungsvereinigungen groß geworden und mancher Hehiporn ist seit dieser Zeit aufgetaucht und wieder still geworden. Im Januar 1899 wurde, nachdem das Sächsische Vereinsgesetz gefallen war, in Leipzig eine Zahlstelle gegründet, der allerdings nur Kollegen über 18 Jahre angehören durften. Für die Jüngeren blieb nach wie vor der Vertrauensmann. Meine Tätigkeit war damit beendet und Kollege Berger übernahm die Kassengeschäfte. Mir wurde das Amt angetragen, aber besondere Umstände brachten es mit sich, daß ich mich etwas zurückzog. Krankheit in der Familie und eigene haben sich nach dieser Richtung ausgewirkt.

Das weitergearbeitet wurde, zeigt der zehnwöchige Streik im Jahre 1910, in dem den Unternehmern doch ein gut Teil Respekt vor der Organisation abgerungen wurde. Dieselben hatten den verächtlichsten Streikbrecheragenten Hirze mit seiner Kolonne zu Hilfe geholt, genügt hat es ihnen jedoch nichts. Die spätere Zeit ist ja den Kollegen noch in frischer Erinnerung. Daß ich im Alter noch einmal genötigt war, mich als Mitglied des Betriebsrats mit dem Unternehmer herumzustritten, hat weniger an mir gelegen, als an der Bequemlichkeit der jüngeren Kollegen. Und daß ich von der stolzen Höhe des Millionärs in die Tiefen des Armeengeldempfängers

herabstürzte, habe ich leider mit den meisten der alten und jungen Kollegen gemeinsam.

Wäre ich nun noch einmal jung, wie alles Stein um Stein zusammengetragen wurde zu dem stolzen stolzen Bau, der aus dem Ansturm in der heutigen schweren Zeit trotz, so kann ich wohl sagen, daß die aufgewandte Mühe nicht umsonst gewesen ist und daß auch ich meinen Teil dazu beigetragen habe. Auch früher hat es Kämpfe gegeben und manches harte Wort ist gefallen. Auch wir waren in unseren jungen Jahren Feuerköpfe, aber niemals ist uns der Gedanke gekommen, der Organisation den Rücken zu kehren oder sie gar zu bekämpfen, wenn es mal nicht nach unserem Kopfe ging.

Wenn diese Erinnerung im Verbandsorgan erscheint, so nicht zu dem Zweck, mich in ein besonders glänzendes Licht zu stellen. Aber wir haben jetzt schwere Zeiten, besonders für uns Sattler und vielleicht wird Leipzig in der Ledermarenfabrikation niemals wieder die einstige Bedeutung erlangen. Wir haben auch aus diesem Grunde mehr als je alle Ursache zu vergessen, was uns vielleicht trennt in der Beurteilung des Weges, der uns zu dem gemeinsamen Ziele führt. Es hat sich gezeigt, daß der Weg, den wir vor 40 Jahren beschritten haben, im großen und ganzen der richtige war. Wir haben es besonders in dieser ersten Zeit nötig, zusammenzustehen und sollten uns nicht gegenseitig bekämpfen und in der Spaltung das Heil erblicken. Wir sollten gelernt haben, daß nur Einigkeit stark macht, auch in der Abwehr.

Mein sehnsüchtiger Wunsch ist es, diese Einigkeit noch erleben zu dürfen und wenn beim Lesen dieser Zeilen mancher vielleicht noch verbitterte Kollege versucht zurückzudenken an das, was uns einst und das zu vergessen, was uns trennt, so ist das, was ich erstrebe, erreicht. Nichts darf uns von dem Wege abbringen, den wir aus innerster Überzeugung beschritten haben. Herzog.

# Streiks und Lohnbewegungen.

## Lapezierer.

**Danzig.** Vor dem Schlichtungsausschuss wurde über einen Mantel- und Lohnertrag verhandelt. Beides wurde abgeschlossen. Es beträgt der Tariflohn für Tapezierer 1,25 Gulden, für Wagenfalter 1,25 Gulden und für Handwerksfalter 0,95 Gulden. Das Lohnabkommen gilt vom 16. Oktober 1931 bis zum 30. Juni 1932.

**Frankfurt a. M.** Durch Spruch des Schlichtungsausschusses wurde der Tariflohn für die Innungsbetriebe auf 1,08 M. festgesetzt. Diese Lohnregelung gilt bis zum 31. Januar 1932.

**Frankfurt a. M.** Mit dem Deutschen Möbelhandwerk wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Tariflohn für die Zeit vom 24. September bis zum 31. Dezember 1931 1,13 M. beträgt.

**Candberg a. d. W.** Ab 1. November 1931 bis 31. Januar 1932 beträgt der Tarifmindestlohn 84 Pf.

**Ceipzig.** Die Lohnverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung soll am 7. November durch den staatlichen Schlichter gefällt werden.

## Treibriemer.

**Berlin.** Nach den Bestimmungen des Reichstaxtarifes wurde am 27. Oktober ein Schiedsspruch gefällt. Danach beträgt der Tarifmindestlohn vom 1. November 1931 bis zum 31. Januar 1932 1,11 M.

**Kettchendorf.** Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Tariflohn vom 1. November 1931 bis zum 31. Januar 1932 auf 85 Pf. festgesetzt wurde.

## Jahrzeugbranche.

**Breslau.** Der Streik in den Linke-Hofmann-Busch-Werken dauert unverändert an. Der Betrieb ist für unsere Kollegen gesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung

**40-Stunden-Woche in Nordamerika.** Nach Mitteilungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben bis jetzt 557 921 in den Verbänden der Federation of Labor organisierte Arbeiter die 40-Stunden-Woche in Gestalt der Fünftagearbeit. Die einzelnen Berufe haben daran wie folgt teil: Tischler und Zimmerer 125 000, Maler, Tapezierer, Dekorateur 76 543, Klempner und Installateure 41 076, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Pfisterer 50 748, Elektromonteur 40 000, Konfektionsarbeiter 45 000, Elevatorbauer 10 164, Maschinenbauer 15 000.

**Kommunistische Gewerkschaften in Frankreich.** Wie der „Populaire“ meldet, ist der französische kommunistische Gewerkschaftsbund (CGTU), der am 8. November in Paris seinen Jahreskongress abhält, auf rund 200 000 Mitglieder herangewachsen. Dies wäre etwa die Hälfte des Mitgliederstandes von 1929.

## Rundschau

**Zweierlei Fremdenbehandlung in der Schweiz.** Einen seltenen Doppelfall von Behandlung der Ausländer in der Schweiz berichtet ein französischer Arbeitersekretär in der Zeitung des französischen Gewerkschaftsbundes „Le Peuple“: Ein französischer Multimillionär suchte sich die Stadt Lausanne in der Schweiz zum Aufenthaltsort aus, weil nach der dortigen kantonalen Bestimmung reiche Ausländer für die Zeit von zehn Jahren von der Zahlung der Einkommensteuer entbunden sind. Der Millionär, der sich auf diese Weise der Einkommensbesteuerung seines Heimatlandes entzog, beschäftigte einen Privatsekretär französischer Nationalität. Er erhielt jedoch von der Schweizer Behörde die Mitteilung, daß seinem Sekretär die Aufenthaltserlaubnis verweigert werde und die Aufforderung, diesen Sekretär zu entlassen und ihn durch einen schweizerischen Arbeitnehmer zu ersetzen. Der französische Privatsekretär wandte sich an die französische Gesandtschaft, die jedoch eine Intervention ablehnte. Darüber beklagt sich der Verfasser des Artikels, der erwähnte Arbeitersekretär, mit dem Hinweis, daß es der französischen Gesandtschaft ein leichtes gewesen wäre, auf die Schweizer Behörden einen Druck auszuüben in Anbetracht der Tatsache, daß 140 000 Schweizer Arbeitnehmer in Frankreich das Gastrecht genießen gegenüber nur 60 000 Franzosen in der Schweiz.

**Die zugelassene Freizone für die Mitnahme von Zahlungsmitteln ins Ausland von 200 M.** umfaßt Zahlungsmittel jeder Art, das heißt, die Mitnahme oder Ausfuhr von Beträgen, deren Wert über 200 M. hinausgeht, bedarf der vorherigen Genehmigung der zuständigen Devisenbehörden.

**Wie wird den italienischen Arbeitslosen geholfen?** Italien gehört zu den Ländern mit der größten Arbeitslosigkeit. Aus der Arbeitslosenstatistik geht der Umfang der Arbeitslosigkeit nur zum Teil hervor, da von ihr nur die Unterfertigungsberechtigten erfaßt werden. Eine Anzahl von Arbeitergruppen sind von der Versicherung ausgeschlossen, darunter die Landarbeiter. Auf dem kürzlich in Mailand stattgefundenen Landarbeiterkongress wurde die Zahl der arbeitslosen ländlichen Tagelöhner mit 200 000 angegeben. Deshalb ist die für Ende September mitgeteilte Arbeitslosenzahl von 757 764 — gegenüber Ende Juni eine Steigerung um 32 Proz. — für die gesamte Arbeitslosigkeit in Italien nicht maßgebend. Die Arbeitslosenunterstützung wird in Italien nur für 90 Tage (in manchen Fällen 120 Tage) gewährt, so daß zur Zeit nur 234 000 Arbeitslose eine Unterstützung erhalten. Eine Krisenfürsorge gibt es nicht, ebensowenig wie eine organisierte Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden. So ist der größte Teil der Arbeitslosen auf private Wohlfahrt angewiesen. Vor allem werden die beschäftigten Arbeiter angehalten, sich an Sammlungen zugunsten der Erwerbslosen zu beteiligen.

## Genossenschaftswesen

**Die Konsumvereine in der Wirtschaftskrise.** Man konnte auf das Verhalten der Konsumvereine in dieser verheerenden Wirtschaftskrise gespannt sein. Würde ihre Kraft ausreichen, dieser Krise standzuhalten? Eins ist sicher: die Konsumvereine konnten der Krise nicht ausweichen, denn sie stehen inmitten dieser aus ihren Fugen geratenen Wirtschaft. Sie sind zwar nicht Fleisch vom Fleische der kapitalistischen Wirtschaft, aber doch — leider — von ihr in mancher Beziehung in deren Gefahrenkreis gezogen. Ein Gradmesser für den Gesundheitsstand der deutschen Konsumvereine sind deren Umsätze. Da ist zu sagen, daß die Umsätze der Konsumvereine mangelhaft nur wenig zurückgegangen sind. Selbsterklärend erscheint ein Umsatzrückgang, aber der erklärt sich zwanglos aus der Preisentwertung für viele wichtige Bedarfsgüter, die im Gesamtumsatz an erster Stelle stehen. In dieser Erhaltung des Umsatzes zeigt sich die Steitigkeit und die hohe Leistungsfähigkeit konsumgenossenschaftlicher Arbeit, die dringend zur Mitarbeit aller auffordert, denen die Sicherung ihrer Kaufkraft am Herzen liegen muß. An der Erhaltung des Umsatzes sind vor allen übrigen doch gerade jene Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger beteiligt, die von der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit am schwersten betroffen sind. Hier ist der Ansporn zur Nachahmung sichtbar, der seine Wirkung nicht verfehlen möge.

## Bücherchau

**Die Arbeiterzeitung in der Invaliden- und Angehörigenversicherung** von Heinrich Wadha u. s. Arbeitersekretär in Berlin. 71 Seiten. Berlin 1931. Preis 1, — M. Exzentrik 73 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. s. d. Berlin S 14. Inoffiz. 6 a.

Das Büchlein soll in erster Linie zur Aufklärung der Versicherten dienen, bietet aber auch dem Praktiker als Nachschlagewerk gute Dienste, zumal nicht nur auf die Gebietsstellen, sondern auch auf grundsätzliche Entscheidungen hingewiesen wird. Alle mit der Anwartschaft zusammenhängenden Fragen wie Versicherungsspflicht, Beitragsstellung, Erlöschen und Wiedereintritt in die Anwartschaft, Sonderanhalten und Ersatzfall sind in leichtverhandlicher Weise erläutert und am Schluß Referenzverweise zur Änderung von Bestimmungen genannt. Das Buch kann allen Versicherten und Fachleuten empfohlen werden.

Die neue Nummer 5 von „Wohnungsbau und Miete“ (dem Informationsorgan der Sozialdemokratie in Wohnungs- und Mieterfragen) ist der eingehenden Zerlegung der augenblicklichen Lage im Wohnungssektor gewidmet. Der Kampf der Sozialdemokratie für Mieterrecht und Wohnungsreform der letzten Tagen mit besonderer Vergegenwärtigung werden aufgegriffen, wird in den Kreisläufen, Wohnungskrisis und Wohnungsnot“ und „Beratungsgesetz gegen den Mieterschutz“ dargestellt.

Ueber die Auswirkungen der neuen Regierungsmassnahmen unterrichtet ein Beitrag „Hausnutzer und Wohnungsbau nach der dritten Notverordnung“. Eine statistische Übersicht über den „Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1931“, Berichte aus den Ländern sowie drei Beiträge über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in Bezug auf das Wohnheimwunder und den Wohnungsbau ergänzen die erwähnten Aufsätze. Aus allen leuchtet das Bestreben der Sozialdemokratie, dem Mieter durch sachliche Arbeit, fernab von Geschrei und Pluff, zu dienen. „Wohnungsbau und Miete“ wird herausgegeben von der Arbeitsleitung der Sozialdemokratischen Partei (Berlin SW 68, Lindenstraße 3).

**Triebstoles Afrika.** Die Zivilisation dehnt immer weiter in das Innere des Kontinents vor, und bald wird es kein Gebiet mehr geben, das von den Wilden nicht beherrscht ist. So ungefähr stellt sich der Europäer die Situation in Afrika vor, auch wenn er ihnen genug ist, den „Schwarzen“ ein gewisses Recht auf menschliche Behandlung zuzugestehen. Aber mehr als aus den Büchern von Reisenden und Forschern erfahren wir aus dem Buch eines Dichters, um was es in dem dunklen Erdteil geht. Alfred Barthelemy, ein Norweger, hat lange Jahre im Dienst der belgischen Kolonialverwaltung den Konga durchstreift, und seine Erfahrungen und Erkenntnisse liegen jetzt in einem bei der Buchergilde Gütersloh erschienenen Band „Triebstoles Afrika“ vor uns. Das Buch enthält außer dem Titelroman eine Erzählung „Schwarze Legende“. Beides sind erduntere menschliche Dokumente. Barthelemy erzählt, wie ein Eingeborenenstamm, der sich nicht unterwerfen will, immer weiter ins Innere des Landes getrieben und schließlich dezimiert wird. Wir erfahren von den unheimlichen Schicksalen der Eingeborenen, die es sehr wohl zu wissen müssen, wenn ein Weiser darüber zu ihnen ist. Wir erfahren:

auch von den Grausamen der weißen Zivilisation, die mit Stolz darauf hinweist, daß das Gefängnis in Sutu das größte Gebäude in Madagaskar ist. Der Verfasser berichtet, daß die europäischen Arbeitsmethoden auch in abgedünnter Form für Zentralafrika unbrauchbar sind, und daß es nur wenige Wege gibt, die dieses Land länger aushalten können, von der Möglichkeit, dort ausreizen zu arbeiten, was nicht zu reden. Die menschliche Organisation muß die Erkenntnis, daß der Mensch einen anderen Staat unterworfen ist, gleichmäßig in sich der eigenen Trägheit überwinden, bis zum Autor in immer neue Konflikte mit seiner Umgebung und den überlieferten Gebräuchen. Besonders in der Erzählung „Schwarze Legende“ macht sich dieser Konflikt zur eigenartigen Laodie aus: er muß die schwache Weibliche, die viele Jahre mit ihm zusammengelacht hat, verlassen. — Das Buch wurde von Ernst Jülicher ins Deutsche übertragen. Der städtische Verlagsband führt für die Mitglieder der Buchergilde Gütersloh 3 Mark.

**Einheit der Aktion und Parteizusammenhang.** Von Bernhard Tümel. 11. Schriftenreihe „Sozialistische Zeitfragen“. — Preis 40 Pf. E. Laubische Verlagbuchhandlung G. m. b. H. Berlin W 30

Bernhard Tümel geht bei der Betrachtung dieses Problems aus von der Stellungnahme Friedrich Engels, der in Fällen früherer Teilnehmende in der Arbeiterbewegung ausdrücklich von der notwendigen Rechtfertigung der Partei gesprochen hatte, die allein maßgebend sein können für das Verhalten ihrer Mitglieder. Dementsprechend konzentrierte Forderung mit ihrer richtigen Durchsetzung der Gegenwartspolitik der Sozialdemokratie wird zweifellos sehr zur Vertiefung der Parteidebatten beitragen.

**Reichsbund-Listentafeln.** Herausgegeben vom Reichsbund der Kriegeschadlichen, Kriegsteilnehmer und Kriegserhwerkranken, Berlin C 2, Rolandufer 6. Der Kalender ist reichlich durch Funktionäre des Reichsbundes über direkt vom Bundesvorstand gegen Vereinfachung des Betrages von 0,50 M. auf das Preisgeld des Reichsbundes, Berlin Nr. 88 888 portofrei zu beziehen. Der Kalender ist auf die Bedürfnisse der Kriegssopfer zugeschnitten. Sein zeitlicher Inhalt ist aber auch geeignet, den Gewerkschaftsfunktionären als kleines Handbuch und Hilfsmittel für die Ausführentätigkeit an Kriegssopfer und Sozialrentner zur Seite zu stehen.

## Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 2. November bis 8. November ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

- Stolz i. P. Ehler, Paul, Tapezierer.
- Danzig. Schulz, Karl, Tapezierer.
- Kuligki, Friedrich, Tapezierer.
- Dheim, Albert, Tapezierer.
- Wichias, Max, Tapezierer.

## Achtung! Berichtstarke einfinden!

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die die Berichtstarke für Oktober noch nicht eingeleistet haben, das Verkaumte bis spätestens zum 8. November 1931 nachzuholen.

## Verammlungskalender

**Chemnitz.** Sonnabend, den 7. November, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus (große Gaststube) an Stelle des in jedem Jahre stattfindenden Herbstvergnügens ein Familienabend, bestehend in Konzert und humoristischen Aufführungen, statt. Die Ortsverwaltung.

**Danzig.** Unsere Versammlungen finden von jetzt ab im Lokal „Alt Danzig“, Jopengasse 51, statt, und zwar jeden ersten Dienstag im Monat.

Ferner laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen zu unserem am 7. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Alt Danzig“ stattfindenden Familienabend ein, der zur Ehrung unserer Jubilare veranstaltet wird. Die Ortsverwaltung.

## Abstufenänderungen

**Candberg a. d. Warthe.** Vorf. Ewald Trabs, Wachsbleiche 2.

**Fürstentum a. d. Spree.** Kassierer Karl Friedrich, in Kettchendorf a. d. Spree, Chausseestraße 116.

**Stettin.** Kassierer Gustav Meyer, Barnimstraße 72 I. I.

## Sterbetael

**Berlin.** Am 7. Oktober starb Kollege Heinrich Steinbach, Portefeuller, im Alter von 64 Jahren. Er war 30 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

**Chemnitz.** Im Oktober starb plötzlich der Sattler und Tapezierer, Kollege Hoffmann, im Alter von 20 Jahren.

**Wiesbaden.** Am 21. Oktober starb unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer Kollege Wilhelm Schneider, im Alter von 58 Jahren.

Ehrendem Andenten.